

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsort: Pulsnitz, Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz, Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Wochenblatt Pant.-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 1000: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 1/2, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 1/2; amtlich 1 mm 30 1/2 und 24 1/2; Reklame 25 1/2. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 193

Sonnabend, den 18. August 1928

80. Jahrgang

Amthlicher Teil.

In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen des Fabrikbesizers Johannes Gottlieb Bursche, Inhabers der Firma J. G. Bursche in Pulsnitz, wird Termin zur Verkündung der Entscheidung über die Befristung des Vergleichs auf

Dienstag, den 21. August 1928, vorm. 9 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 17. August 1928.

Bekanntmachung

In Elstra finden statt: Sonntag, den 2. September 1928 und Montag, den 3. September 1928:

Herbst-Krammarkt

Montag, den 3. September 1928: Herbst-Großviehmarkt

Ruden werden nur auf vorherige Anmeldung gestellt.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Nanking hat sich nach Aufhebung der Vertragskündigung zu Verhandlungen mit Japan bereit erklärt. In Genewitz wurde eine Frau Barlau verhaftet, die eingestand, neun Männer ermordet zu haben. Am Point Blanc haben sich Studenten aus Lyon versteigen. Eine Rettungs Expedition, die zu ihnen gelangte, verunglückte auf dem Rückweg.

Politischer Wochenrückblick.

Dr. Luthers Arbeit zur „Erneuerung des Reiches“. — Immer noch kein Locarnogeist. — Das abgeschürzte Ostpreußen.

Alles ist im Fluss: Aufbau und Aufgaben des Reiches. Ist der 1. Hauptteil der Verfassung vom 11. August 1919 betitelt, der dem Streben nach Steigerung der Zentralgewalt, nach einheitlicher Gestaltung des deutschen Staates, Ausdruck gibt. Offenbarungen weitergehenden, zentralistischen Geistes — wie sie beispielsweise die dritte Lesung des Haushaltsplanes für 1919 von Seiten der Weimarer Parteien brachte — widerstand in Nord und Süd die öffentliche Meinung. Bedenklich erschien besonders die Aufrollung der preussischen Frage: man befürchtete eine Aufstellung Preußens. Mit diesen Widerständen wird sehr stark zu rechnen haben die Arbeit des vom früheren Reichkanzler Dr. Luthers am 6. Januar d. J. gegründeten „Bundes zur Erneuerung des Reiches“, dessen in einem „Programmewurf“ zusammengefasste Richtlinien vor kurzem bekannt wurden. Preußens historisches Gefüge soll grundlegend umgeformt, seine gesetzgeberischen und zentralen Verwaltungsaufgaben sollen — nach Art. 1 der Richtlinien — in der Weise auf das Reich übertragen werden, daß für dieses künftig als Reichsland zu verwaltende Land Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag an die Stelle von Staatsregierung und Landtag treten. Das „Reichsland“ soll in einer Weise mit anderen Ländern verbunden werden, daß die Eroberungen von 1866 weit übertrumpft würden.

Wie sich Dr. Luther so die Schaffung einer „hinreichend starken Reichsgewalt“ ohne Zerstörung von geschichtlich Gewordenem vorstellt, erhellt auch aus den weiteren Richtlinien nicht; verwunderlich ist es nicht, wenn sonst mit dem Ausbau der Reichsgewalt einverständliche Parteien schwerste Bedenken zum Ausdruck bringen: Man kann die Schaffung des Einheitsstaates keinesfalls mit der Preisgabe Preußens beginnen“, besonders nicht, „solange die süddeutschen Länder ihre jetzige souveränitätsähnliche Stellung behalten“, — so äußert sich ein führender demokratischer Abgeordneter. Die Bedenken der Deutschnationalen lauten kaum anders — man bestreitet dort außerdem die erhoffte sparsamere Verwaltung und wünscht im übrigen eine Reform nicht nur des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, sondern auch durch Einschränkung der Macht des Parlaments, wie sie der § 54 der Reichsverfassung in dem für die Amtsführung des Reichkanzlers und der Reichsminister erforderlichen Vertrauen des Reichstages allzu weitgehend festgelegt hat.

Das Wehen des Locarno-Geistes läßt doch sehr zu wünschen übrig! Ist es zu vertreten, daß die diesmaligen Herbstmanöver der französischen Truppen im besetzten Gebiet ganz groß aufgezogen sein werden? Zwei Armeekorps aus dem östlichen Frankreich werden die Besatzungsarmee verstärken; das ist weit mehr wie Besatzung, das sind Übungen, wie im heimatischen Manövergelände — englisches Urteil! Also immer noch: Wehe den Besiegten! Dazu die völlig ungewöhnliche Teilnahme eines englischen Infanterie-Regiments — Erinnerung an Vorkriegszeiten, da englische und französische Generalstabsoffiziere die französisch-deutsche Grenze bereiften.

Bis zum 10. Januar 1920 gab's in Paris eine „Friedenskonferenz der alliierten Mächte“; sie ist nicht gestorben, lebt fort als „Botschafterkonferenz“ und besteht aus einem Vertreter der französischen Regierung als Vorsitzendem sowie den in Paris beglaubigten Botschaftern der alliierten Mächte. Ihre Beschlüsse trugen nur selten dem deutschen

Fort mit der französischen Werkspionage!

Die Spionagezentrale bei der Regierung in Paris

Dr. Stresemann geht nach Paris

Koblenz. Seit Jahren arbeitet im besetzten Gebiet die sogenannte Sureté, eine französische Kriminalpolizei in Zivil, die sich in den ersten Jahren der Besetzung in der Hauptsache damit zu beschäftigen suchte, die deutschen Wirtschaftsverhältnisse im besetzten Gebiet auszukundschaften. Sie versuchte ihre Arbeiten in der Hauptsache bei den Bürgermeistern und Landräten. Frühzeitig genug wurde die deutsche Regierung auf das Arbeiten dieser französischen Kriminalagenten aufmerksam und konnte durch Gegenmaßnahmen ihre Arbeit wirkungslos machen. Seit Dezember 1927 wandte sich die Aufmerksamkeit der Sureté der Werkspionage in der chemischen Industrie im besetzten Gebiet, ja sogar darüber hinaus bis in die angrenzenden Gebiete, zu. Vor allem hatte sie es abgesehen auf die J. G. Farbenindustrie und zwar auf die Werke in Ludwigshafen-Opau, Höchst und das Zeuna-Werk in Merseburg und Levertzen.

Mit allen Mitteln, mit allen Lockungen, Angeboten, aber auch mit Drohungen suchte man Angestellte dieser Werke gefügig zu machen. Man legte ihnen dar, daß sie vollkommen ungefährdet bleiben würden, da sie unter dem Schutze der französischen Besatzungsarmee ständen und von den Deutschen wegen Werkspionage niemals belangt werden könnten. Auf der anderen Seite wurde ihnen aber droht, daß sie bei falschen Aussagen oder bei etwaigem Fluchtversuch verhaftet und bei einem mißglückten Fluchtversuch von der deutschen Regierung an die französische Besatzungsarmee wieder ausgeliefert würden. Durch diese Drohungen einzuschüchtern, ließ sich eine Reihe von Angestellten zur Werkspionage verleiten, deren Fäden von Paris aus dirigiert wurden.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt zu dieser Werkspionage u. a.: Die Gefahren sind unübersehbar; sie drohen dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit, dem Unternehmertum, der deutschen Forschung und in fast noch höherem Maße der Arbeiterschaft, weil die Schädigung der deutschen Volkswirtschaft durch die französische Werkspionage zu einer Schmälerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie

und damit zur Verminderung ihres Absatzes führt. Zwangsläufig aber wächst dann die Erwerbslosigkeit, so daß die deutsche Arbeiterschaft die Auswirkungen der Spionage zuerst und am stärksten zu spüren bekommt.

Mindestens im gleichen Maße wie die deutsche Volkswirtschaft sind aber auch die Gläubiger Deutschlands durch diese Schäden in Mitleidenschaft gezogen, denn sie bedeuten eine schwere Gefährdung des Dawesplans, ist doch ohne das Gedeihen der deutschen chemischen Industrie die Aufbringung der Entschädigungszahlungen nicht denkbar.

War schon bisher die Existenz der Sureté eine bedauerliche Belastung der ohnedies schwer beeinträchtigten deutsch-französischen Beziehungen, so muß jetzt nach der vollkommenen Entlarvung der Sureté auch als Werkspionagezentrale gefordert werden, daß die unverzügliche Entfernung der Sureté als Einrichtung, nicht etwa nur einzelner besonders belasteter Sureté-Beamter, auf diplomatischem Wege erreicht wird.

Kabinettsrat am Mittwoch.

Erörterung der Pariser Konferenz. Berlin. Da die meisten Mitglieder des Kabinetts zur Zeit noch nicht in Berlin anwesend sind, steht der Termin der nächsten Kabinettsitzung noch nicht fest. Der Außenminister wird voraussichtlich am Sonntag wieder in Berlin eintreffen. Man hält es für wahrscheinlich, daß Mitte der Woche die Kabinettsberatung über die außenpolitische Lage

stattfindet. Die Abreise Dr. Stresemanns nach Paris, für die eine feste Zusage allerdings auch jetzt noch nicht gegeben ist, kommt für den Sonnabend abend der nächsten Woche in Betracht.

Dr. Stresemann geht nach Paris.

Berlin. Der französische Botschafter in Berlin hat dem Staatssekretär des Auswärtigen, Schubert, einen Besuch abgestattet, wobei letzterer im Namen des Außenministers Dr. Stresemann dem Botschafter die offizielle Annahme der Einladung zur Unterzeichnung des Kelloggpatentes durch den Minister übermittelte.

Damit steht nun endgültig fest, daß Dr. Stresemann am 27. August in Paris den Kelloggpatent persönlich unterzeichnen wird. Die Reisedispositionen sind im einzelnen noch nicht festgelegt, doch nimmt man an, daß der Außenminister am 25. August von Berlin abreisen und in der folgenden Woche von Paris direkt nach Genf zur Ratstagung des Völkerbundes fahren wird.

Die Kommunisten fordern Volksentscheid.

Berlin. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat beschlossen, gegen den Panzerkreuzerbau den Volksentscheid anzurufen. Die kommunistische Reichstagsfraktion wurde beauftragt, die vorbereitenden Maßnahmen für die Einleitung des Volksbegehrens zu ergreifen.

Hierzu schreibt das demokratische „Berliner Tageblatt“: „Ein Volksentscheid über den Etat, in dessen Rahmen auch die erste Rate für den Panzerkreuzer bewilligt ist, kann nach der Verfassung nur durch den Reichspräsidenten veranlaßt werden. Was die Kommunisten treiben, ist nur sinnloser Earm und Parteimänöver.“ Und der sozialdemokratische „Vorwärts“ bemerkt gegenüber der kommunistischen Konkurrenz: „Man liest in der Roten Fahne von Rüstungen gegen die Sowjetunion, von Bedrohung der Sowjetunion durch den Panzerkreuzer. Die Kommunisten sind begeisterte sowjetrussische Militaristen, sie schwören auf den Krieg und hoffen auf ihn. Ihr Geschrei ähnelt dem Geschrei der französischen Militaristen, die waffenstarr, sich von dem abgerüsteten Deutschland bedroht fühlen, um die Rüstungen ihrer eigenen Regierung zu rechtfertigen.“

„Fort mit der Panzerkreuzer-Regierung.“

Berlin. Die kommunistische Partei entfaltet überall im Reich eine Hege gegen die Sozialdemokratie. So ließ sie in Berlin folgendes Plakat anhängen:

Die S. P. D. vor der Wahl: Wir brauchen kein neues Panzerschiff, das allein 80 Millionen Mark kostet. Wer gegen den Panzerkreuzer ist, wählt Sozialdemokraten. Der kommende Reichstag wird entscheiden.

Und die S. P. D. heute: Das Reichskabinett beschloß unter Vorsitz des S. P. D.-Reichstanzlers Müller einstimmig, ohne den Reichstag zu befragen, mit dem Bau des Panzerkreuzers sofort zu beginnen.

Die S. P. D. stimmte auf dem Brüsseler Kongreß: Für allgemeine Abrüstung und für vollständige Liquidierung des Krieges.

Die S. P. D. stimmt in Deutschland: Für die Aufrüstung und für die Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion und für den neuen Panzerkreuzer.

Worte der S. P. D. vor der Wahl: „Eure Kinder klagen euch an, wenn ihr den Panzerkreuzer-Parteien eure Stimme gebt!“ Wählt deshalb Liste 1, Sozialdemokraten.

Taten der S. P. D. nach der Wahl: Erneute Ablehnung der Kinderschulspesung, keine Erhöhung der Kriegsofferrenten, keine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, aber 80 Millionen für den Panzerkreuzer.